



Newsletter von Dr. Peter Liese für Südwestfalen und das Hochstift 01.03 2024

Unsere Region demonstriert gegen Rechtsradikale, für Zusammenhalt und für Europa

„Ich bin sehr beeindruckt, wie viele Menschen auch bei uns in Südwestfalen auf die Straße gehen und für Demokratie sowie gegen Rechtsextremismus demonstrieren. Wir müssen gemeinsam unsere Werte gegen diejenigen verteidigen, die Fremdenhass schüren“, dies erklärte Peter Liese anlässlich der vielen Demonstrationen in unserer Region.

„Es ist gut, dass viele aus der Mitte der Gesellschaft, die bisher geschwiegen haben, Position beziehen. Genauso wichtig finde ich, dass Gewerkschaften und Wirtschaftsvertreter klar gegen die AfD Position beziehen. Diese Partei gefährdet unseren Wohlstand. Fachkräfte, zum Beispiel in unseren Krankenhäusern, werden dringend benötigt. Wenn die AfD immer stärker wird, werden diese Menschen nicht mehr zu uns kommen, sondern in andere Länder gehen. Herr Höcke, den man gerichtsfest einen Nazi nennen darf, führt mittlerweile das Kommando bei der AfD. 18 von 20 Kandidaten auf der Europa-Liste der AfD sind von Björn Höckes Gnaden und Höcke sagt: ‚Die EU muss sterben‘. Was dies für unsere



"Wir stehen auf" Olpe

In dieser Ausgabe

- Peter Liese als Spitzenkandidat der CDU NRW für die Europawahl
- Ursula von der Leyen richtige Kandidatin in schwierigen Zeiten
- Zeitenwende in der europäischen Umweltpolitik
- Autofahrern und Zulieferer bleiben Belastungen erspart (Einigung zu EURO7)
- Arzneimittelknappheit
- Bei Protesten der Landwirte geht es um mehr als Agrardiesel
- Vorschlag zur Reduktion von Pflanzenschutzmitteln endgültig zurückgezogen
- EU-Mittel helfen bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels

und vieles mehr



exportorientierte Wirtschaft in Südwestfalen bedeutet, kann man sich kaum ausmalen. Die britische Wirtschaft leidet unter dem Brexit und auch viele Unternehmen bei uns mussten das Geschäft mit



"Demokratie verteidigen! Wir stehen zusammen!" Menden

Großbritannien praktisch einstellen. Ein Dexit, wie in AfD-Chefin Alice Weidel jetzt gefordert hat, bedeutet Brexit mal 27.", betonte Liese.

Er weist zugleich darauf hin, dass man die Sorgen der Menschen ernst nehmen muss. „Nicht jeder Protest gegen die Ampel in Berlin darf als rechtsradikal diffamiert werden. Wenn sich Menschen angesichts der Rezession in Deutschland Sorgen um ihre wirtschaftliche Zukunft machen, wenn Kommunen und ehrenamtliche Helfer sagen, dass sie mit den hohen Flüchtlingszahlen nicht mehr klarkommen, muss die Politik Antworten geben. Aber wir müssen auch ganz deutlich klarstellen: die AfD hat keine Antworten.“, bekräftigte Liese.

Videolink Rede Olpe: <https://youtu.be/83VStq3YuJI> Rede Menden: <https://youtu.be/5Sn1eBjRsUw>

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Peter Liese als Spitzenkandidat der CDU NRW für die Europawahl

Seine wichtigsten Ziele: Rückenwind für die Wirtschaft, Klimaschutz mit den Menschen, Sicherheit, Gesundheit sowie Humanität und Ordnung bei der Zuwanderung

Peter Liese wurde im Februar in Dortmund mit großer Mehrheit zum Spitzenkandidaten der CDU NRW gewählt. Er führt ein Team aus bewährten und neuen Kräften. Auf den zehn ersten Listenplätzen sind mit 60 % erstmals mehr Frauen als Männer vertreten.

Im Anschluss an die Wahl erklärte Peter Liese: „Ich freue mich sehr über das Vertrauen des Ministerpräsidenten Hendrik Wüst und der gesamten Partei. Ich bin sicher, wir können bei der Europawahl ein gutes Ergebnis erzielen. Mut macht mir, dass bei den Demonstrationen auch in unserer Region gegen Rechtsradikale und für Demokratie stattfinden, Europafahnen geschwenkt werden. Die Menschen wissen, dass die



Die CDU Nordrhein-Westfalen unter Leitung von Ministerpräsident Hendrik Wüst hat Peter Liese zum Spitzenkandidaten für die Europawahl nominiert. Das Bild zeigt Wüst und Liese mit Sabine Verheyen aus Aachen, die Platz 2 auf der Liste belegt.



Feinde unserer Demokratie nicht nur den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, sondern auch unser gemeinsames Haus Europa gefährden.

Meine wichtigsten Ziele für die nächsten fünf Jahre sind erstens:

Rückenwind für unsere Wirtschaft. Wir müssen uns der Sorgen der Menschen annehmen, die hart arbeiten und jetzt Angst um ihren Arbeitsplatz und ihren Wohlstand haben. Die Hauptursache für die Wirtschaftskrise liegt in Berlin. Aber auch Brüssel muss einen Beitrag leisten.

Zweitens: **Klimaschutz mit den Menschen und mit der Wirtschaft.** Statt Heizverbot und Verbrennerverbot setzen wir auf Marktwirtschaft, gezielte Unterstützung der Menschen und der Unternehmen sowie Technologieoffenheit.

Drittens: **Sicherheit für und durch Europa.** Wir brauchen eine Stärkung unserer außen- und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit dem Ziel einer europäischen Armee, um unsere Freiheit und unsere Werte zu schützen. Auch die polizeiliche Zusammenarbeit muss verbessert werden, um den Verbrechern das Handwerk zu legen.

Viertens: **Vor allem Gesundheit,** das haben wir uns zum Jahreswechsel wieder häufig gewünscht. Das muss auch in der Politik gelten. So muss zum Beispiel der Kampf gegen den Krebs intensiviert werden. Akut brauchen wir vor allen Dingen bessere Rahmenbedingungen, damit Arzneimittel nicht mehr knapp sind. Dazu müssen Sie wieder in Europa und nicht nur in China und Indien produziert werden.

Fünftens: **Humanität und Ordnung** bei der Zuwanderung. Den wirklich verfolgten müssen wir helfen, aber es kommen zu viele nach Europa, die zwar gute Gründe haben, aber eben kein Recht. Der Asylkompromiss, der eine stärkere Kontrolle in den Außengrenzen vorsieht, muss schnell umgesetzt werden und die Ampel in Berlin muss ihre Hausaufgaben machen."

Zuvor votierte schon der Landesvorstand mit großer Mehrheit für Peter Liese

CDU-Landeschef Hendrik Wüst betonte die Wichtigkeit der Europawahl für unser Land: „Nordrhein-Westfalen liegt im Herzen Europas. Für uns ist es deshalb von besonderer Bedeutung, dass Europa stark und sicher ist. Wir als CDU Nordrhein-Westfalen übernehmen Verantwortung für Europa. Aus Überzeugung und mit einem klaren Kompass. Wir werden im



© SauerlandKurier / Sebastian Schulz

anstehenden Wahlkampf mit aller Kraft gegen die Populisten und Extremisten kämpfen, die das europäische Projekt zerstören wollen."

„Die CDU Nordrhein-Westfalen ist DIE Europa-Partei in Nordrhein-Westfalen.“, bekräftigte Paul Ziemiak, Generalsekretär der CDU Nordrhein-Westfalen. „Mit einem starken Team und den richtigen Ideen freue ich mich auf einen spannenden Wahlkampf. Unser Ziel ist klar: Die CDU wird wieder die stärkste politische Kraft für Europa.“

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



Ursula von der Leyen ist die richtige Kandidatin in schwierigen Zeiten

Krisen gut gemeistert / Umsteuern im Bereich Landwirtschaft und Industrie war wichtig / Direkter Draht zur deutschen CDU-Kommissionspräsidentin hilft Anliegen der Region umzusetzen

Das Präsidium der CDU Deutschlands hat im Februar die amtierende Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen als Spitzenkandidatin für die EVP nominiert. Wenn es nach der CDU geht, soll Ursula von der Leyen also auch nach der Europawahl am 09. Juni weiterhin Kommissionspräsidentin sein. Peter Liese kommentierte die Entscheidung wie folgt: „Ursula von der Leyen ist die richtige Kandidatin in turbulenten, schwierigen Zeiten. Sie hat uns gut durch die Pandemie geführt und zeigt klare Kante für die Ukraine und gegen den russischen Aggressor. Auch andere Krisen hat sie gut gemeistert. Der direkte Draht zur deutschen CDU-Kommissionspräsidentin hilft mir außerdem, Anliegen aus der Region durchzusetzen. So hat sie sich beispielsweise persönlich dem Anliegen der Schützenvereine angenommen und ein Verbot von Bleimunition beim Vogelschießen verhindert. Auch beim Thema Knappheit von Arzneimitteln habe ich erst lange versucht, mit den Experten in der Kommission eine Lösung zu finden. Den Durchbruch brachte ein Brief an Ursula von der Leyen. Die Kommission hat jetzt eine umfassende Strategie vorgelegt und wird dafür sorgen, dass wichtige Arzneimittel in Zukunft nicht mehr nur in China und Indien, sondern auch bei uns in der EU hergestellt werden.“

Als Arzt und Gesundheitspolitiker finde ich besonders wichtig, dass sie den Kampf gegen den Krebs ins Zentrum der europäischen Politik gestellt hat. Auch ihre Leistungen für den Klimaschutz kann man kaum überschätzen. Zugleich hat sie in den letzten Monaten nach dem Abgang von Frans Timmermans klug umgesteuert und die Sorgen der Landwirte aufgenommen, bevor die Demonstrationen in Deutschland und vielen anderen Ländern losgegangen sind. Ich finde es sehr richtig, dass sie den Vorschlag zum Verbot von Pflanzenschutzmitteln in bestimmten landwirtschaftlichen Gebieten zurückgenommen hat und vorgeschlagen hat, den Schutzstatus des Wolfs zu reduzieren. Auch im Bereich der Industrie hat das Umsteuern begonnen und muss aus meiner Sicht kraftvoll fortgesetzt werden. Gerade wenn wir ambitionierte Klimaziele erreichen wollen, müssen wir Genehmigungsverfahren beschleunigen und Prioritäten setzen, d.h. dass nicht ein einziger Vogel einen Windpark verhindern kann und dass wir keine Verbote von Chemikalien haben sollten, die gerade für die Energiewende oder auch für die Medizin wichtig sind. Mit dem Net Zero Industry Act und dem Critical Raw Materials Act sind hier wichtige erste Schritte gemacht worden.“

Die endgültige Entscheidung über die Spitzenkandidatur der EVP fällt auf einem EVP-Kongress in Bukarest am 06. und 07. März.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



© Europäisches Parlament, 2023

Zeitenwende in der europäischen Umweltpolitik

Konzentration auf Wirtschaftswachstum und Klimaschutz

„Wir sind richtigerweise mitten in einer Zeitenwende, auch in der europäischen Umweltpolitik.“, das ist das Fazit einer Videokonferenz, die Peter Liese gemeinsam mit Vertretern der heimischen Industrie durchgeführt hat.

Beispielsweise atmet die Papierindustrie in der Region auf. Ein drohendes Verbot von Mehrwegverpackungen, zum Beispiel im Versandhandel oder für Großgeräte wie Kühlschränke, das viele Arbeitsplätze bei uns gekostet hätte, ist vom Tisch. Der frühere Vizepräsident der Europäischen Kommission, Frans Timmermans, hatte dieses Verbot vorgeschlagen.

Peter Liese hatte sich gemeinsam mit Betroffenen aus der Region dagegengestemmt und nun erreicht, dass im Europäischen Parlament entsprechende Änderungsanträge angenommen wurden. Das Verbot war mit dem Umweltschutz begründet worden. Nach Ansicht von Timmermans und seinen Mitstreitern ist es in jedem Fall besser, Mehrwegsysteme zu nutzen. Die heimischen Unternehmen und der heimische Abgeordnete bestreiten dies.

Peter Liese: „Wenn Materialien wie Pappe und Papier eingesetzt werden, die eine sehr hohe Recyclingrate haben, kann das umweltfreundlicher sein als Mehrwegverpackungen, die ja auch immer hin und her transportiert werden müssen. Die Änderungsanträge stellen nun klar, dass Materialien mit einer hohen Recyclingrate vom Mehrweggebot ausgenommen sind.“

Er fügte hinzu: „In der jetzigen Phase, in der unsere Wirtschaft, vor allem die Industrie leidet, muss die europäische Umweltpolitik pragmatisch vorgehen. Wir dürfen nur Regelungen beschließen, die wirklich der Umwelt helfen und Ideologie ist jetzt erst recht fehl am Platz. Seit dem Abgang von Frans Timmermans erleben wir sehr viel mehr Realismus in den europäischen Institutionen. Wir haben sogar viele Gesetze so umgeschrieben, dass die Industrie damit wesentlich besser leben kann als mit den Entwürfen von Timmermans.“

Stimmen aus der Region

Dazu äußerte sich Thomas Bock, Geschäftsführer für die technischen Belange bei Reno de Medici in Arnsberg erleichtert: „In Anbetracht der Herausforderungen, die der erste Entwurf der Packaging Regulation für unsere Branche darstellte, möchten wir Herrn Dr. Peter Liese für seine unermüdlichen Bemühungen im Europaparlament danken. Sein tiefes Verständnis für die Bedürfnisse der Papier- und Kartonindustrie und seine Fähigkeit, diese in konkrete politische Maßnahmen umzusetzen, haben wesentlich dazu beigetragen, dass die neue Regelung unsere Industrie jetzt unterstützt, statt belastet.“





Im Gespräch äußerte sich auch Arndt Kirchhoff, Vorsitzender des Aufsichtsrats der KIRCHHOFF Gruppe, die in Iserlohn und Attendorn produziert, und Präsident der Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen (unternehmer nrw): „Wir müssen in der Industrie langfristig denken und planen können. Der Ausbau der Infrastruktur für die Transformation ist entscheidend und muss beschleunigt werden. Die aktuelle Politik, die sich auf Verbote stützt und den Markt außer Kraft setzt, verunsichert Unternehmen und Verbraucher gleichermaßen. Wir benötigen einen Politikstil, der auf Technologieoffenheit setzt, Innovationen ermöglicht und den Markt entscheiden lässt, statt ständig einzugreifen. Die Fokussierung sollte auf Infrastrukturausbau, Kostensenkung und Technologieförderung liegen, um eine effektive, technologieoffene und wirtschaftsfreundliche Umweltpolitik zu gestalten.“

Aus Sicht eines mittelständischen Unternehmens betonte Dr. Christopher Grünewald, Geschäftsführer Grünewald Papier GmbH & Co. KG, Kirchhundem-Hofolpe, die Notwendigkeit einer Umweltpolitik mit Augenmaß: "Die steigenden Umweltvorgaben und die komplexen Genehmigungsverfahren werden für mittelständische Unternehmen zu einer immer größeren Herausforderung."

Dr. Ron Brintzer, Geschäftsführer kunststoffland NRW e.V.: "In Zeiten der Krise muss Politik unnötige weitere Belastungen der Wirtschaft vermeiden und durch die richtigen Weichenstellungen Chancen eröffnen."

„Bei der Richtlinie für die Industrieemissionsrichtlinie haben wir ebenfalls viele Erleichterung im Vergleich zu dem Vorschlag von Herrn Timmermans für die Industrie und insbesondere für die Landwirtschaft erreicht. Das gilt zum Beispiel für die Verpackungsverordnung, deren ursprüngliche Version vor allem bei der Papierindustrie zu großen Problemen geführt hätte oder für die Autoabgasnorm Euro7, die der Automobilindustrie die Sorgenfalten in die Stirn getrieben hat. Beide Gesetzgebungsverfahren haben wir in Zusammenarbeit mit dem betroffenen Unternehmen aus der Region so umgeschrieben, dass die Ziele pragmatisch erreicht werden. Wir haben sogar zwei Gesetze angenommen, die im Sinne des Klimaschutzes Regeln vereinfachen und der Industrie das Leben leichter machen, nämlich den Net Zero Industry Act, der zum Beispiel schnellere Genehmigungsverfahren für Wasserstoffprojekte und ähnliches vorsieht, und den Critical Raw Material Act, der Hürden, die etwa durch den Naturschutz bei der Gewinnung von wichtigen Rohstoffen gesetzt werden, verringert. Auf diesem Weg müssen wir weitermachen. Klimaschutz und Wirtschaftswachstum sind kein Widerspruch, wenn wir wirklich klug handeln und uns auf diese beiden Themen konzentrieren“, so Liese.



[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



Autofahrern und Zulieferern bleiben Belastungen erspart

Einigung zu EURO7

„Den Autofahrern in unserer Region und den Automobilzulieferbetrieben bleiben zusätzliche Belastungen durch eine EURO7-Norm¹ erspart.“, teilte Peter Liese mit. Ein Vorschlag der Europäischen Kommission und Änderungsanträge von Grünen, Sozialdemokraten und Linken im Europäischen Parlament hatten gefordert, die bestehenden Grenzwerte stark zu verschärfen. Erst vor wenigen Monaten hatten Grüne und Sozialdemokraten das Verbrennerverbot ab 2035 beschlossen. Es wäre absurd gewesen, die Automobilindustrie nun mit scharfen EURO7-Regeln zu hohen Investitionen in eine auslaufende Technologie zwingen zu wollen. Das hätte auch die Preise für Verbraucher weiter in die Höhe getrieben. Dagegen hatten sich Christdemokraten und Liberale sowie viele Mitgliedstaaten gewandt. Am Ende wurde in den Verhandlungen ein Kompromiss erzielt, der nur leichte Anpassung an der bestehenden EURO6-Verordnung vorsieht. Die Testverfahren für die auslaufende Technologie Verbrennermotor werden nicht aufwendig umgestellt. Die Grenzwerte wurden nur für LKW und Busse verringert. Außerdem sollen Anforderungen an die Nachhaltigkeit von E-Autos und Batterien gelten. Die Übergangszeiten wurden insgesamt angepasst, sodass sie realistischer für die Hersteller sind.



Besuch bei KIRCHHOFF Automotive in Attendorf

Daher wies Peter Liese darauf hin, den Gesamtkontext zu betrachten: „Die Automobilzulieferindustrie ist durch den Übergang zur Elektromobilität extrem herausgefordert. Hierauf müssen alle Kräfte konzentriert werden, sowohl die Finanzen als auch das Fachpersonal. Eine komplette Überarbeitung der Verbrennungsmotoren zu einem Zeitpunkt, zu dem viele Unternehmen diese Technik auslaufen werde, wäre absurd gewesen. Die Luftqualität in Deutschland ist in den letzten Jahren so viel besser geworden, dass wir auch nicht mehr über Fahrverbote reden. Deswegen ist die Entscheidung auch aus umwelt- und gesundheitspolitischer Sicht zu vertreten. Vor allem hätte der Vorschlag der EU-Kommission laut einer Studie² zu einer Kostensteigerung für Euro-7-Benziner von durchschnittlich 1860 Euro und Diesel gar 2630 Euro zusätzlich, und zwar weitgehend unabhängig von der Fahrzeuggröße, geführt. Es ist gut, dass uns allen das erspart geblieben ist.“

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

¹ Bei EURO7 handelt es sich um eine Verordnung, die Vorschriften für Fahrzeugemissionen und Grenzwerte für die Batterie Lebensdauer beinhaltet. Quelle: <https://www.consilium.europa.eu/nl/press/press-releases/2023/12/18/euro-7-council-and-parliament-strike-provisional-deal-on-emissions-limits-for-road-vehicles/>

² <https://www.faz.net/aktuell/technik-motor/euro-7-macht-autos-deutlich-teurer-18922883.html#:~:text=Eine%20Studie%20von%20Frontier%20im,weitgehend%20unabh%C3%A4ngig%20von%20der%20Fahrzeuggr%C3%B6%C3%9Fe>



Europäisches Parlament nimmt F-Gas-Verordnung an

Klimaschutz durch moderne Technologie/Anliegen des Handwerks angenommen/Recycling von F-Gasen muss schnell ausgebaut werden



Im Januar hat das Europäische Parlament mit einer großen Mehrheit die Einigung zwischen Parlament, Rat und Kommission zur drastischen Reduktion von F-Gasen angenommen. Mit den neuen Regelungen für Schaltanlagen, Kühlgeräte und Wärmepumpen werden bis 2030 40 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent eingespart. Das entspricht den Emissionen von Irland, Schweden oder Portugal oder etwa 20 Millionen Autos.

Dazu erläuterte Peter Liese: „Deutsche Unternehmen sind führend bei der Bereitstellung der alternativen modernen Technologien zum Klimaschutz. Schon vor zwei Jahren kamen Unternehmen auf mich zu und baten darum, das Isoliergas SF₆ in Schaltanlagen komplett zu verbieten, weil es schon Alternativen gab. Mit den überarbeiteten Regeln zeigen wir also der Welt, wie Klimaschutz zusammen mit der Wirtschaft gelingt.“

Benedikt Herges, Leiter des Brüsseler Büros von Siemens Energy, betonte: „Das Ergebnis der F-Gas Verordnung zur Reduktion von F-Gasen in der Netztechnik ist ein doppelter Gewinn: ein Gewinn für das Klima, die Umwelt und die Gesundheit, denn Schaltanlagen dürfen zukünftig nur noch mit Luft oder anderen unschädlichen natürlichen Gasen befüllt werden, und für die Industrie, denn der klare Fahrplan der Verordnung schafft Planbarkeit für Investitionen in die Herstellerkapazitäten und den Ausbau des europäischen Stromnetzes.“

Bei anderen Punkten musste die EVP jedoch auch nachsteuern, erklärte Liese: „Der ursprüngliche Vorschlag sah vor, dass Kühlanlagen z.B. bei Fleischern oder Bäckern nicht mehr hätten repariert werden dürfen. Gerade in diesen schwierigen wirtschaftlichen Zeiten brauchen Handwerksbetriebe Investitionssicherheit und bestehende Kühlanlagen müssen nach wie vor gewartet werden können. Daher freut es mich, dass wir dies als EVP durch einen Änderungsantrag im Plenum ändern konnten und die Anlagen weiter mit F-Gasen, vorzugsweise recycelten, betrieben werden dürfen.“ Damit die Ausnahme aber auch wirklich greift und um den Vertrauensschutz für bestehende Anlagen zu gewährleisten, forderte Liese die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, das Recycling von F-Gasen zu fördern: „F-Gase, die nicht recycelt werden, sind natürlich ein Problem für das Klima und können auch ein Problem für die Verfügbarkeit sein. Deswegen muss hier jetzt angesetzt werden. Falls das nicht ausreicht, gibt es eine





Revisionsklausel und zurecht weist das Handwerk darauf hin, dass die Klausel genutzt werden muss, wenn durch Recycling nicht ausreichend F-Gase für Reparaturzwecke zur Verfügung stehen.“

Dazu erklärte Katrin Lützenkirchen, Referatsleiterin Umwelt, Klima, Energie, Zentralverband des Deutschen Handwerks e.V. (ZDH): „Im Gesetzgebungsverfahren wurden deutliche Verbesserungen erzielt. Investitionssicherheit für Handwerksbetriebe ist zwingend zu gewährleisten. Das bedeutet, die Politik muss die zugrundeliegenden Annahmen im weiteren Verlauf prüfen und - sollten sie sich nicht bewahrheiten - muss nachgesteuert werden.“

Zum Hintergrund: F-Gase sind bis zu 25.000-mal klimaschädlicher als CO₂. Sie werden zum Beispiel für Wärmepumpen, Kühlschränken und elektrischen Schaltanlagen verwendet. Die Einigung sieht nun vor, sie schrittweise durch klima- und umweltfreundliche Alternativen zu ersetzen. Europäische Kommission, Ministerrat und Parlament haben sich darauf geeinigt, diese Gase zu reduzieren. Durch die entsprechende Gesetzgebung können bis 2030 das Äquivalent von 40 Millionen Tonnen Kohlendioxid (CO₂)-Emissionen eingespart werden.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Keine Verschärfung der Chemikalienpolitik

„Die geplante Verschärfung der europäischen Chemikalienpolitik kommt definitiv nicht.“, dies bestätigte der für den Green Deal zuständige Geschäftsführende Vizepräsident der Europäischen Kommission, Maros Sefcovic.

Liese hatte sich gemeinsam mit vielen Parteifreunden in den letzten Monaten entsprechend eingesetzt. Im Gegensatz dazu hatten Grüne, Sozialdemokraten und Linke und die Mehrheit der Liberalen auf entsprechende Verschärfung bestanden. „Ich freue mich sehr über diese Klarstellung des zuständigen Vizepräsidenten der Europäischen Kommission. Die chemische Industrie und die Industrie insgesamt stehen vor riesigen Herausforderungen. In Deutschland herrscht sogar Rezession und viele Investitionen werden außerhalb Europas getätigt. Daher müssen wir uns jetzt wirklich auf das Wesentliche konzentrieren und das Wesentliche ist die



Bekämpfung der Wirtschaftskrise und die Energiewende. Viele Unternehmen, auch in der chemischen Industrie, haben sich auf den Weg gemacht und ihre eigene Strategie für Klimaneutralität vorgelegt. Die Klimaziele der Europäischen Union bleiben weiter richtig und wichtig aber da man das Geld nur einmal ausgeben kann und auch die Fachkräfte in diesem Bereich sehr rar sind, kann man nicht alles gleichzeitig machen. Teilweise widersprechen Verbote von Chemikalien sogar dem Klimaschutz, weil man für die Energiewende zum Beispiel für die Herstellung von Wasserstoff Chemikalien braucht die einige, wie Umweltministerin Steffi Lemke gerne verbieten wollen“, erklärte Liese.



Dr. Ralf Düssel, Evonik Industries AG: „Die Chemieindustrie ist essenziell für Europa und Deutschland, damit die Transformation gelingt. Chemie ist der Schlüssel zur Zukunft und unser Rüstzeug für die Sicherung unserer Wettbewerbsfähigkeit. Um der Industrieproduktion in Europa die Klimaneutralität zu ermöglichen, bedarf es innovativer Produkte, die ressourcenschonend, zirkular, umweltfreundlich und nachhaltig sind. Der Green Deal kann auch zum Clean Deal werden, wenn wir sauberen, grünen Produkten den Weg bereiten. Unsere Branche ist auf Politik und Regulierung angewiesen, die Chancen eröffnet und Optionen gestaltet. Verbote und Bürokratie sind der falsche Weg.“

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

EU-Medizinprodukteverordnung

Eine aktuelle Umfrage der Unternehmensplattform MedicalMountains gemeinsam mit dem Industrieverband SPECTARIS und der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) unter rund 400 Unternehmen benennt erstmals die konkreten Probleme der EU-Medizinprodukteverordnung: Aufgrund langwieriger und kostenintensiver Zertifizierungsprozesse verschwinden immer mehr Produkte vom Markt. Gleichzeitig wird der Innovationsstandort Deutschland empfindlich geschwächt.



Dr. Peter Liese erklärt diesbezüglich: „Die Intention der Medizinprodukteverordnung war richtig. Es gab zu viele Skandale, zum Beispiel um schadhafte Brustimplantate, aber die Institutionen der Europäischen Union haben über das Ziel hinausgeschossen. Es gibt nicht nur mehr Sicherheit, sondern auch viel unnötige Bürokratie. Deswegen habe ich mich Ende letzten Jahres nochmal persönlich an Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gewandt mit der Bitte, so schnell wie möglich Abhilfe zu schaffen.

Die Regeln, die wirklich die Sicherheit der Medizinprodukte gewährleisten, sollten natürlich erhalten bleiben. Was wir streichen müssen, ist die unnötige Bürokratie. Wir brauchen Sonderregelungen für die Produkte, die nur in kleiner Stückzahl hergestellt werden. Hier kann zum Beispiel die Orphan-Device-Regulierung, die in den USA gilt, ein Vorbild sein. Außerdem müssen wir unbedingt die Regeln so ändern, dass auch neue Medizinprodukte schnell auf den Markt kommen. Die Abschaffung der fünfjährigen Rezertifizierung für Produkte, die bereits lange auf dem Markt sind, ist essenziell, damit sich die Fachleute auf die wirklich wichtigen Dinge konzentrieren können.“

[10 Forderungen für die Änderung der Medizinprodukteverordnung](#)



Versorgungsprobleme insbesondere für Kinder problematisch



Mediziner beschwerten sich seit Monaten, dass wichtige Produkte, zum Beispiel Herzkatheter für Kinder, nicht mehr ausreichend verfügbar sind und vor allem für die nächsten Jahre weitere Probleme vorausgesehen werden. Daher ist nach Ansicht von Experten, zum Beispiel Kinderkardiologen, die medizinische Versorgung in diesem Bereich in Gefahr. Der Arzt und Europaabgeordnete Liese hat sich deshalb nochmal mit einem Schreiben an Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, Gesundheitskommissarin Stella

Kyriakides und Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach gewandt.

Liese hatte sich in den letzten Monaten schon intensiv um eine Lösung bemüht und mehrfach mit der Gesundheitskommissarin gesprochen. Das Parlament hatte im Dezember eine Resolution angenommen, in der die Kommission zum Handeln aufgefordert wird: „Diese Forderungen müssen jetzt so schnell wie möglich umgesetzt werden. Niemand in der Kommission, Bundesregierung oder anderen nationalen Regierungen sollte sich hinter dem Parlament verstecken. Wir haben unsere Position klar gemacht. Wir wollen, dass Abhilfe geschaffen wird.“, so Liese.

Zum Hintergrund: Seit dem 26. Mai 2021 gilt die EU-Medizinprodukteverordnung, die den entsprechenden Unternehmen erhebliche, zum Teil sehr bürokratische und teure Auflagen macht. Für Anbieter von Geräten, die nur in kleinen Stückzahlen hergestellt werden, lohnt sich der Aufwand nicht. Laut der Umfrage sind in rund 90 Prozent der Fälle die Zertifizierungskosten schuld daran, dass Medizinprodukte vom EU-Markt genommen werden. Die Zulassungsdauer habe sich für viele Betriebe drastisch verlängert. 37 Prozent der Unternehmen gaben an, die Verfahrensdauer sei dreimal so lange wie vor der MDR. Diese Entwicklung führt mit dazu, dass mehr als jedes fünfte Unternehmen mit medizintechnischen Innovationen auf andere Märkte ausweicht - meistens in die USA, so die Umfrage. Nach Ansicht von Experten, zum Beispiel Kinderkardiologen, ist aufgrund dessen die medizinische Versorgung in diesem Bereich in Europa in Gefahr. Nach Monaten des intensiven Drängens hat die Kommission dann Anfang 2023 endlich eine Fristverlängerung für die Rezertifizierung sowie eine längere Gültigkeit bereits vergebener Zertifikate vorgeschlagen. Im Dezember 2023 hat das Plenum mit einem entsprechenden Antrag (Punkt 97) die Kommission nochmals dazu aufgefordert, endlich grundsätzliche Lösungen für die Medizinprodukteverordnung vorzulegen.

[Schreiben an Ursula von der Leyen, EU-Gesundheitskommissarin, und Karl Lauterbach](#)

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



Arzneimittelknappheit

Wenn die rettende Medizin in der Apotheke fehlt, ist Handeln angesagt

Kürzlich fand im Kreishaus in Meschede eine Diskussionsveranstaltung statt, die sich mit der zunehmend besorgniserregenden Thematik der Arzneimittelknappheit in Deutschland auseinandersetzte. Organisiert wurde die Veranstaltung von Dr. med. Peter Liese und der Frauen Union im Hochsauerlandkreis (HSK).

In den vergangenen Jahren hat sich das Problem der Arzneimittelknappheit dramatisch verschärft. Die Anzahl der Erstmeldungen von Lieferengpässen bei kritischen Arzneimitteln ist von 265 im Jahr 2018 auf 680 im Jahr 2022 angestiegen.

Allein bis Juni dieses Jahres gab es bereits 497 solcher Meldungen. Betroffen sind unter anderem Medikamente für Herzpatienten, psychische Erkrankungen und Krebsmedikamente. Diese Engpässe führen nicht nur zu einer enormen psychischen Belastung für Patienten und deren Angehörige, sondern stellen auch eine Herausforderung für das medizinische Personal dar.



Die Diskussionsveranstaltung bot eine Plattform, um die Dringlichkeit der Lage zu erläutern und mögliche Lösungen zu diskutieren. Neben Liese nahmen der Präsident der Bundesärztekammer, Dr. med. Klaus Reinhardt, der Apotheker Dominik Mörchen und Dr. med. Dr. oec. Richard Ammer, der stellvertretende Vorsitzende des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie und geschäftsführender Inhaber der Firma MEDICE Arzneimittel Pütter GmbH & Co. KG aus Iserlohn an der Expertendiskussion teil. Moderiert wurde das Expertenpanel von Frau Annemarie Schüngel, Vorsitzende der Frauen Union im HSK. Die Veranstaltung fand als Hybridveranstaltung statt, was die breite Teilnahme sowohl vor Ort als auch digital ermöglichte.

Der Präsident der Bundesärztekammer Dr. med. Klaus Reinhardt beschrieb die schwierige Situation in den Praxen: „Momentan sind die Meldungen von Lieferengpässen bei Arzneimitteln rund dreimal so viel wie vor drei Jahren, was einen wirklich besorgniserregenden Zustand darstellt. Wir fordern daher entschiedene Maßnahmen: Die Einrichtung einer nationalen Reserve für kritische Arzneimittel, Anreize zur Rückführung der Produktion in europäische Länder, eine EU-weite Lösung für wiederkehrende Engpässe, die Überprüfung und Diversifizierung der Lieferketten sowie die Verpflichtung zur Meldung drohender Lieferengpässe. Uns muss bewusst sein, dass die Rückführung von Produktionsstätten nach Europa zwar höhere Kosten verursacht, aber dieser Mehraufwand ist es wert, da er uns Unabhängigkeit und Therapiesicherheit bringt. Die dafür aufgewendeten Mittel sind eine Investition in unsere Autonomie und in die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger.“

Peter Liese hatte sich schon 2019 gemeinsam mit der Bundesärztekammer und Experten wie Dr. Ammer um das Problem gekümmert. Sein Antrag, dass sich das Europäische Parlament



systematisch mit der Frage beschäftigt und Lösungsvorschläge erarbeitet, wurde zunächst abgelehnt. Grüne, Sozialdemokraten. Linke und die Mehrheit der Liberalen waren der Meinung, dass der sogenannte Green Deal wichtiger ist. „Darüber habe ich mich damals sehr aufgeregt. Ich bin überzeugter Umweltpolitiker, aber wichtige Fragen wie Arzneimittelversorgung dürfen nicht unter dem Green Deal leiden.“, so Liese. Mit Verzögerung haben dann sowohl das Europäische Parlament als auch die Europäische Kommission die Bedeutung des Themas erkannt. Leider ist seitdem zu viel Zeit verstrichen, ohne dass gehandelt wurde.

„Die Arzneimittelknappheit in Deutschland hat sich seit 2019 dramatisch verschärft, eine Realität, die ich selbst bei meinem Einsatz in der Kinderklinik Paderborn erlebt habe, wo Kinder stationär behandelt werden mussten, nur weil kein Antibiotika saft verfügbar war. Diese Engpässe belasten Patientinnen und Patienten sowie das medizinische Personal enorm. Ein spezifisches Problem in Deutschland ist die Billigmentalität bei patentfreien Medikamenten, die zu einer Verlagerung der Produktion ins Ausland geführt hat. Trotz einiger Ansätze von Herrn Lauterbach, die Produktion in Europa zu stärken, reichen diese Maßnahmen nicht aus. Wir müssen die Prozesse beschleunigen und die Produktionskapazitäten in Europa, ähnlich wie bei der Corona-Pandemie, effektiver nutzen.“

„Im Generikasektor ist es überfällig, das Kriterium 'Der billigste bekommt alles' aufzuheben. Wir benötigen Mehrpartnermodelle, die die Versorgungssicherheit erhöhen, indem bei Lieferunfähigkeit eines Anbieters ein anderer einspringen kann. Derzeit ist der Preis das einzige Vergabekriterium, und mit diesen Bedingungen können wir nicht mithalten. Wir haben strengere Umweltauflagen und höhere Qualitätsanforderungen, die zu starken Gemeinkostentreibern führen, welche pro Packung umgelegt werden müssen. Daher brauchen wir bei den Ausschreibungen auch ein Kriterium 'Made in Europe', um Deutschland sowie Europa wieder zur Apotheke der Welt zu machen.“, bekräftigte auch Dr. Ammer.

Dominik Mörchen erklärte, wie die Probleme in Apotheken vor Ort aussehen: "In unserer täglichen Arbeit stehen wir vor der Herausforderung, ständig improvisieren zu müssen, um die Medikamentenversorgung aufrechtzuerhalten. Ob durch die Eigenherstellung von



Medikamentensuspensionen aus Tabletten oder den Bezug von Medikamenten aus dem Ausland – es ist ein kontinuierlicher Kampf gegen die Nichtverfügbarkeit. Die Situation erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen Apotheken und Ärzten, um trotz der Schwierigkeiten eine adäquate Versorgung der Patienten zu gewährleisten."

Die Veranstaltung finden Sie bei YouTube unter dem Link: https://youtu.be/_pfrrwLfQGk

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



Bei Protesten der Landwirte geht es um mehr als Agrardiesel

Unmut gegenüber der Ampel-Regierung ernst nehmen

„Ich kann die protestierenden Bauern gut verstehen. Auch wenn die Bundesregierung die vorgeschlagenen Kürzungen teilweise zurückgenommen hat, bleibt es ein Problem, dass die Ampel eine Wettbewerbsverzerrung zu Lasten deutscher Landwirte in der Europäischen Union plant. In vielen anderen europäischen Ländern, wie z.B. Frankreich, ist Agrardiesel schon heute günstiger als in Deutschland. Durch die vorgesehenen Kürzungen würde sich das Problem noch weiter verschärfen.“, erklärte Peter Liese anlässlich der Bauernproteste im Januar.



„Außerdem geht es den Landwirten meiner Einschätzung nach nicht nur um diesen Einzelpunkt. Sie fühlen sich generell von der Bundesregierung nicht wertgeschätzt, weil es zwar immer mehr Auflagen gibt, im Gegensatz aber nicht mehr, sondern sogar weniger Unterstützung. Ein Problem ist sicherlich auch die mangelnde Wahrung des Lohnabstandgebots. Landwirte arbeiten hart und teilweise auch mindestens doppelt so viel wie durchschnittliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, d.h. 70-80 Stunden in der Woche. Sie sind auf Arbeitskräfte angewiesen und durch die starke Erhöhung des Bürgergeldes fühlen sie ihre Arbeit dadurch weniger wertgeschätzt und es ist noch schwieriger als bisher, Arbeitskräfte für die anstrengende Tätigkeit in landwirtschaftlichen Betrieben zu motivieren.“ Wichtig ist nach Ansicht Lieses aber, dass die Proteste auf jeden Fall friedlich bleiben und dass sich die Protestierenden an Recht und Gesetz halten. „Gesetze müssen eingehalten werden. Das gilt für alle Protestierenden, egal wie berechtigt das Anliegen ist.“, bekräftigte Peter Liese.

Politik oft nur durch die Brille der Großstadt

„In Berlin wird Politik oft durch die Brille der Großstadt gemacht. Die Beamten und insbesondere die Grünen denken Umwelt- und Landwirtschaftspolitik oft aus der Großstadt heraus. Hier wird aber keine Landwirtschaft betrieben. Was bringt es uns, wenn wir krasse Vorgaben zum Naturschutz durchsetzen, aber keine Lebensmittel mehr in Deutschland produzieren können?“, fügte Peter Liese hinzu.

In Brüssel hatte dieses Denken auch lange vorgeherrscht. Mit einem Vorschlag nach dem anderen hat die Europäische Kommission und vor allem der ideologiegetriebene Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans den Landwirten komplett vor den Kopf geschlagen. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln sollte auf eine Weise begrenzt und sogar verboten werden, sodass Landwirtschaft in vielen Teilen unserer Region kaum noch möglich gewesen wäre. Auch das Gesetz zur Wiederherstellung der Natur hätte Landwirte vor ernsthafte Herausforderungen gestellt.



„Ich bin sehr froh, dass es hier nach dem Weggang von Timmermans und dem massiven Einsatz der EVP ein ernsthaftes Umdenken gegeben hat. Dafür haben wir Europäischen Christdemokraten gemeinsam mit den Landwirten und Bauernverbänden Seite an Seite gekämpft. Die nicht umsetzbaren Auflagen für die Nutzung von Pflanzenschutzmitteln konnten wir gemeinsam kippen. Endlich wird entgegen dem Willen von Steffi Lemke auch der Schutzstatus des Wolfs überprüft, sodass problematische Wölfe leichter abgeschossen werden können und Weidetierhalter ihre Tiere schützen können. Aus den Geschehnissen in Brüssel muss die Ampel lernen. Wir müssen bei allen Vorgaben pragmatisch sein und Lösungen gemeinsam mit den Landwirten erarbeiten, sonst geht es schief.“, erklärte Liese, der sich in vielen Treffen zu den Themen, die die Landwirtschaft betreffen, mit den heimischen Vertretern abstimmt hat.



[Einschätzung der Aktionswoche des Bauernverbandes](#)

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

EU-Kommission beginnt strukturierten Dialog mit der Landwirtschaft

Kontrastprogramm aus Brüssel zu Ampel in Berlin / Dialog und neue Chancen statt Dialogverweigerung und neuer Belastungen

Die Europäische Kommission hat Ende Januar einen strategischen Dialog mit der Landwirtschaft gestartet. Gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Gruppen sollen vor allem die Landwirte in die zukünftige Politik der EU-Kommission miteinbezogen werden. Dabei soll es unter anderem um die Förderung von Innovationen und Technik in der Landwirtschaft, die Wettbewerbsfähigkeit dieses wichtigen Sektors und die Anpassung an den Klimawandel gehen. Die Ergebnisse sollen im August veröffentlicht werden.

Dazu erklärte Peter Liese: „Nachdem sich Landwirte zunächst über viele Entscheidungen und Vorschläge aus Brüssel in den letzten Monaten geärgert hatten, hat das Europäische Parlament in den letzten Monaten reagiert und Vorschläge, die in der Landwirtschaft auf Kritik gestoßen sind, abgelehnt. Unsere Landwirte brauchen mehr Wertschätzung und statt ständig neuer Verbote wollen wir im Dialog und unter Nutzung moderner Technologien die Probleme anpacken. Deswegen haben wir lange dafür gekämpft, dass der Schutzstatus des Wolfes herabgesetzt wird. Dies hat die Europäische Kommission jetzt vorgeschlagen. Den Vorschlag zum Verbot von Pflanzenschutzmitteln haben wir abgelehnt und auch an vielen anderen Stellen Verbesserungen erreicht. Der Dialog durch die Europäische Kommission hätte meiner Ansicht nach viel früher starten müssen, aber besser spät als nie. Insgesamt haben wir ein Kontrastprogramm: Aus Berlin kommen immer mehr Vorschriften und zusätzliche Belastungen, in Brüssel erleben wir eine Zeitenwende mit mehr Respekt für die Landwirtschaft und neuen Chancen.“

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



Ursula von der Leyen zieht Vorschlag zur Reduktion von Pflanzenschutzmitteln endgültig zurück

Sieg für die Landwirte / Endgültig keine Verbote von Pflanzenschutzmitteln in landwirtschaftlichen Gebieten in unserer Region / Bundesregierung muss nachziehen

In einer Plenardebatte im Europäischen Parlament hat Ursula von der Leyen angekündigt, dass die Europäische Kommission den Vorschlag zur Reduktion von Pflanzenschutzmitteln nun endgültig vom Tisch nimmt. Peter Liese hatte sich im Vorfeld mit weiteren Vertretern der CDU vor Ort und vielen Landwirten dafür eingesetzt. Sogar der Grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann und viele Naturschützer waren gegen den Vorschlag.



„Ganz herzlichen Dank an Ursula von der Leyen für diesen Schritt. Der Vorschlag zum Verbot von Pflanzenschutzmitteln war extrem schlecht. Deswegen hat das Parlament ihn im November zurecht abgelehnt. Das ist ein ganz klarer Sieg für die Landwirtschaft. Schon vor vielen Monaten haben wir im Dialog mit den Landwirten festgestellt, sie können den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln reduzieren, wenn wir ihnen die richtige Technik, z.B. moderne Züchtungsmethoden, an die Hand geben. Aber Totalverbote in landwirtschaftlichen Gebieten, wie ihn der Vorschlag vorgesehen hatte, sind der falsche Weg. Obwohl das Parlament seine Meinung klar zum Ausdruck gebracht hat, hat die belgische Ratspräsidentschaft gemeinsam mit dem

Umweltausschussvorsitzenden Pascal Canfin versucht, den Vorschlag noch am Leben zu erhalten. Ein klarer Schnitt ist das richtige Zeichen an die Landwirtschaft. In Brüssel weht seit dem Weggang des Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans ein neuer Wind. Anliegen der Landwirtschaft werden stärker berücksichtigt und das schon vor den Bauernprotesten zum Jahreswechsel. Die Ampel in Berlin sollte sich daran ein Vorbild nehmen und Partnerschaften mit der Landwirtschaft suchen statt Konfrontation.“

Auch Vorschlag zu Züchtungsmethoden angenommen

Das Europäische Parlament hatte auch mit deutlicher Mehrheit einen Vorschlag zu modernen Züchtungsmethoden angenommen. Mit dieser Technik können unter anderem Pflanzenschutzmittel eingespart werden. „Der heutige Beschluss des Europäischen Parlaments zu den neuen Züchtungsmethoden gibt unseren Landwirten neue Chancen. Es können sehr gezielt Eigenschaften wie Klima- oder Schädlingsresistenz erreicht werden. Pflanzen mit positiven gesundheitlichen Eigenschaften können gezielter und schneller auf den Markt gebracht werden. Als Arzt, der sich in seiner Doktorarbeit intensiv mit Gentechnik auseinandergesetzt hat, sehe





ich keine unverantwortlichen Risiken für Mensch und Umwelt, da keine fremden Gene eingeführt werden. In der sogenannten natürlichen Pflanzenzucht wird das Saatgut oft mit Gammastrahlen bestrahlt, ohne dass sich darüber jemand aufregt. Gezielte Veränderung durch die Genschere Crispr-Cas halte ich hier für sinnvoller. Das Parlament hat viele Bedenken aufgenommen, zum Beispiel wird das Saatgut gekennzeichnet und der Biosektor wird auf eigenen Wunsch von der neuen Technik ausgenommen. Ich hoffe, dass der Ministerrat jetzt endlich zu einer Einigung kommt, damit unsere Landwirte die Technik, die in fast allen anderen Ländern der Welt schon zum Standard gehört, endlich auch nutzen können.“, erklärte Liese.

Hintergrund: Gesetz zur Reduktion von Pflanzenschutzmitteln („SUR“)

Im Juni 2022 hat die Europäische Kommission einen Gesetzesvorschlag zur Reduktion von Pflanzenschutzmitteln vorgestellt. Im Vergleich zum Zeitraum 2015-2017 hätten Pflanzenschutzmittel um 50% reduziert werden sollen. In „ökologisch sensiblen Gebieten“, z.B. Vogel-, Wasser- und Naturschutzgebieten, hätten gar keine Pflanzenschutzmittel mehr ausgebracht werden dürfen. In NRW hätte das große Teil der landwirtschaftlichen Flächen betroffen, auf denen Ackerbau kaum noch möglich gewesen wäre. Besonders betroffen war der Kreis Soest, in dem das Europäische Vogelschutzgebiet Hellwegbörde 50.000 Hektar bestes Ackerland umfasst. Dass der Vorschlag handwerklich extrem schlecht gemacht war, zeigte auch, dass die Kommission kurz nach der Veröffentlichung nochmal neue Alternativen für diesen Artikel veröffentlichen musste, weil sie die Folgen bzw. die technische Umsetzung gar nicht bedacht hatte.

Besuch der Landwirtschaftskammer in Brüssel

Wir brauchen in der Europäischen Union eine starke Landwirtschaft. Das war Thema bei einem Besuch der Agrarreferendare der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen in Brüssel.

Neben den speziellen Themen wie Pflanzenschutz und neuen Züchtungsmethoden wurde vor allen Dingen die Frage diskutiert, wie man bei der Sicherstellung der Ernährung unabhängig von Drittstaaten sein kann.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)





Peter Liese zu Bericht des Europäischen Wissenschaftlichen Beirats für Klimawandel

Genehmigungsverfahren beschleunigen und Task Force für CO₂ Märkte in Drittstaaten einführen

„Für uns als EVP-Fraktion sind zwei Dinge ganz besonders wichtig: Erstens, wir müssen Genehmigungsverfahren beschleunigen, damit Firmen, die in die Energiewende investieren wollen, dies schnell tun können. Zweitens, die Kommission muss eine Task Force aufbauen, um Drittstaaten bei der Einführung von Emissionshandelssystemen wie in der EU zu helfen, damit wirklich weltweiter Klimaschutz entstehen kann“, verdeutlichte Peter Liese anlässlich der Veröffentlichung des Berichts „Towards EU climate neutrality: progress, policy gaps and opportunities“ des Europäischen Wissenschaftlichen Beirats für Klimawandel.

„Viele Firmen wollen in die Energiewende investieren, verzweifeln aber an den komplizierten Genehmigungsverfahren und an nicht vorhandenen rechtlichen Grundlagen. So berichtet z.B. der Verantwortliche bei Salzgitter Stahl, dass für den Umbau des Stahlwerks in Richtung Klimaneutralität fast 60 Genehmigungsverfahren bei 60 unterschiedlichen Behörden notwendig sind. Die Firma Lhoist/Rheinkalk, die das größte Kalkwerk Europas in Wülfrath bei Düsseldorf klimaneutral machen möchte, hat sogar mit einem Verbot ihres Projektes durch die deutsche Bundesregierung zu kämpfen. Kalk kann ebenso wie Zement nur durch die Abspaltung, den Transport und die Lagerung von CO₂ klimaneutral gemacht werden. Dies ist aber in Deutschland illegal. Obwohl die Regierung seit zwei Jahren angekündigt hat, diesen Zustand zu ändern, ist bisher nichts geschehen. Wir brauchen unbedingt eine zügige Annahme des Net-Zero Industry Acts in der Form, wie ihn das Europäische Parlament beschlossen hat, das heißt für alle Projekte, die dem Klimaschutz dienen und nicht nur ausgewählte Projekte.“



Die wichtigste Klimaschutzmaßnahme aller Zeiten wäre die Einführung einer Task Force zur Assistenz von Drittstaaten bei der Einführung von Emissionshandelssystemen. „Viele Drittstaaten sind an unserem System interessiert und wollen es gerne übernehmen. Die Generaldirektion ist überflutet von Anfragen, können diese aber nicht bewältigen. Das hat sicherlich auch mit der Einführung des CO₂-Grenzausgleichsmechanismus CBAM zu tun. Wir können das Klima nur weltweit schützen und deswegen müssen jetzt sehr viel mehr Anstrengungen auf die internationale Arbeit gelegt werden.“, erklärte Peter Liese.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

EU-Kommission veröffentlicht EU 2040-Klimaziel

Ursula von der Leyen hört zu und steuert nach / Unterstützung für Industrie, Landwirtschaft und Bürger, statt immer neue Verbote



Die Europäische Kommission hat im Februar das mögliche EU-Klimaziel für 2040 bekanntgegeben. Verschiedene Versionen der Kommunikation machten im Vorfeld in Brüssel schon die Runde. Kritik, Anregungen und Lob im Vorfeld sind von der Kommission bedacht worden. „Gerade die Bauernproteste der letzten Wochen haben gezeigt, dass es bei Umwelt- und Klimapolitik einen guten Austausch mit allen Beteiligten geben muss. Es nützt nichts, immer neue Verbote zu verhängen, dabei aber die Unterstützung aus der Bevölkerung für Klimaschutz zu verlieren. Ursula von der Leyen hat den Menschen zugehört und steuert mit der heute veröffentlichten

Mitteilung nach.“, erklärte Peter Liese.

„Es ist sehr wichtig, dass die EU ihre internationalen Bemühungen verstärkt. Wir können den Klimawandel nicht alleine bekämpfen. Ganz im Gegenteil: auch unsere Partner in der Welt müssen ihre Klimamaßnahmen so ambitioniert wie die der EU gestalten. Daher freue ich mich sehr, dass die Kommission angekündigt hat, einen Task Force aufzustellen, um Drittländern bei der Einführung von Emissionshandelssystemen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Das hatte ich seit der COP28 gefordert. Viele Drittstaaten sehen, wie gut der Emissionshandel in der EU funktioniert und wollen mit uns zusammenarbeiten. Sie hatten in der Kommission aber bisher keinen Ansprechpartner. Das muss sich schnell ändern. Die Einführung der Task Force kann die kostengünstigste und wirksamste Klimamaßnahme aller Zeiten sein. Interesse an CBAM und ETS aus Drittstaaten wie Brasilien, Südkorea oder Singapur gibt es genug.“, betonte Liese.

Er schätze Teile der Kommunikation als durchaus positiv ein: „Positiv finde ich, dass die Kommission die Zeichen der Zeit richtig deutet und statt krasser Verbote den Fokus für 2040 auf die richtigen Rahmenbedingungen legt. Zwar kommen wir mit unseren existierenden Klimainstrumenten bereits auf Emissionseinsparungen von 88%, aber auch diese müssen erstmal richtig umgesetzt werden. Der Schlüssel dazu sind schnellere Genehmigungsverfahren für Schlüsselsektoren, die hoffentlich kurzfristig mit dem sogenannten Net Zero Industry Act im Trilog mit Parlament, Rat und Kommission beschlossen werden. Die Förderung von CO₂-Abscheidung, -Nutzung und -Lagerung (CCU, CCS) sowie der Entnahme von CO₂ aus der Atmosphäre (Direct Air Capture) und weiteren technische Innovationen sind wichtig, um uns auf dem Weg zur Klimaneutralität voranzubringen. Daher bin ich erleichtert zu sehen, dass diese Technologien ein zentraler Punkt in den Plänen der Kommission sind. Auch die Klimaschutzleistung der Land- und Forstwirtschaft wird anerkannt. Formulierungen, die die Landwirtschaft anprangern und als Verursacher des Klimawandels bezeichnen, sind aus dem Text verschwunden. Besonders wichtig ist die gezielte Unterstützung einkommensschwacher Familien, die trotz harter Arbeit oft nicht über genügend Ersparnisse verfügen, um die notwendigen Investitionen in



klimafreundliche Maßnahmen zu tätigen. Die Mitteilung stellt nochmal klar, dass die Mitgliedstaaten nicht nur die Gelder aus dem Klimasozialfonds (86,7 Mrd. EUR), sondern auch die nationalen Einnahmen aus dem EU-Emissionshandel (ca. 110 Mrd. EUR aus dem ETS2) nutzen müssen. Klar bleibt: Ein 90%-Ziel ist und bleibt extrem ambitioniert. Wir müssen in den kommenden Monaten ausgiebig mit allen Betroffenen diskutieren, ob es erreichbar ist und was wir dafür brauchen. Wie weit sich die Europäischen Grünen von der realen Situation vor Ort entfernt haben, wird dadurch deutlich, dass sie schon bis 2040 eine 100%-ige Reduktion fordern, etwas was nicht einmal die schon ziemlich abgerückten deutschen Grünen in der Bundesregierung fordern.“

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Trilogieeinigung zur CO₂-Entnahme wichtiger Schritt für EU-Klimapolitik

Bezüglich der jüngsten Trilog-Einigung zum EU-Zertifizierungsrahmen für die Entnahme von CO₂ aus der Atmosphäre ("Carbon Removals") erklärte Peter Liese: „Ich bin sehr froh darüber, dass dieser wichtige Schritt für die europäische Klimapolitik getan wurde. Mit der Einigung schaffen wir einen klaren Rahmen für CO₂-Entnahmen in der EU. Ohne negative Emissionen durch natürliche oder technische Senken werden wir unsere ehrgeizigen Klimaziele nicht erreichen. Dies hat insbesondere der Weltklimarat, IPCC, immer wieder festgestellt. Mit der jetzigen Einigung reizen wir weitere Innovationen an und belohnen die, die dadurch einen Beitrag für den Klimaschutz leisten. Weitere Schritte müssen folgen. Hier müssen wir dringend mehr Unterstützung geben, damit diese Produkte im großen Stil hergestellt werden und dadurch auch kostengünstiger werden. Ich persönlich setze mich nachdrücklich dafür ein, zumindest technische Lösungen in das Emissionshandelssystem (ETS) einzubeziehen.“

Hintergrund:

Der Vorschlag der EU-Kommission über den Unionsrahmen für die Zertifizierung von CO₂-Entnahmen enthält Regeln für die Überwachung, Meldung und Überprüfung von CO₂-Entnahmen ("Carbon removals"). Er ergänzt die Anstrengungen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen und wird dadurch zu dem ehrgeizigen Ziel der EU beitragen, bis 2050 – wie im europäischen Klimagesetz festgelegt – Klimaneutralität zu erreichen. Das Parlament hatte seine Position dazu im November festgelegt.

Technologien z.B. zur Entnahme von CO₂ aus der Luft gibt es bereits. Natürliche Senken speichern CO₂ in Wäldern, Mooren oder im Boden durch sogenanntes „Carbon Farming“. Darüber hinaus gibt es technische Lösungen zur Abscheidung von CO₂ und Verpressung unter die Erde. In den letzten Jahren wurden aber auch „direct air capture“ weiterentwickelt. Hier gibt es bereits Unternehmen, die aus CO₂, das aus der Luft gewonnen wurde Produkte, wie zum Beispiel Pflastersteine herstellen, in denen das CO₂ dauerhaft gespeichert ist.



[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



Europäische Mittel helfen bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels in Südwestfalen

„Arbeitgeberschmiede Südwestfalen“ erhält Zuwendungsbescheide

Kooperationsprojekt will Südwestfalen als Top-Arbeitgeber-Region profilieren und Fachkräfte gewinnen / Gesamtförderung von 3,1 Mio. Euro, davon 1,2 Mio. Euro für Südwestfalen

Bei Gesprächen mit Unternehmern wurde Peter Liese immer wieder darauf hingewiesen, dass der Fachkräftemangel ein immer größeres Problem für die Unternehmen ist.

„Ich freue mich, dass nun 1,2 Mio. Euro nach Südwestfalen fließen, um hier etwas entgegenzusetzen. Südwestfalen ist eine wirtschaftsstarke Region und wir müssen alles daransetzen, Fachkräfte zu halten und neue Fachkräfte dazuzugewinnen, gerade in einer Zeit, wo unsere Unternehmen vor großen technologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen stehen. Das Projekt wird die Attraktivität der Unternehmen in Südwestfalen ganz klar stärken.“



Peter Liese wies besonders darauf hin, dass dazu Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) genutzt werden. Liese hatte sich in den letzten Jahren massiv dafür eingesetzt, dass die Regionale von der EU unterstützt wird. Träger des Projekts sind neben der Südwestfalen Agentur GmbH sechs weitere Institutionen der Region.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Weltkrebstag

Antikrebsplan der EU erfolgreich, aber mehr Geschwindigkeit notwendig bei Nutzung von Daten und Bekämpfung von Arzneimittelknappheit

Zum Weltkrebstag, den die Weltgesundheitsorganisation jedes Jahr am 4. Februar begeht, erklärte Dr. med. Peter Liese: „Es ist uns als Christdemokraten gelungen, das Thema Bekämpfung des Krebses mit Hilfe von Ursula von der Leyen in das Zentrum der europäischen Politik zu rücken. Vertreter anderer Erkrankungen wie zum Beispiel Herzkreislauferkrankungen fordern zu Recht, dass wir auch in diesem Bereich entsprechende Pläne aufstellen. Viel ist erreicht, es gibt unter anderem eine finanzielle Unterstützung von 4 Milliarden, die insbesondere in gemeinsame Forschungsaktivitäten fließen.“



„Wir brauchen aber jetzt mehr Tempo in zwei Bereichen. Erstens, die Nutzung von Daten muss für Patienten und für Forscherinnen und Forscher auf der Basis gemeinsamer Datenschutzstandards einfacher werden. Nur wenn wir Daten über Grenzen hinweg nutzen, können wir insbesondere seltene Krebsarten und den Krebs von Kindern effektiv bekämpfen. Zweitens muss die Bekämpfung von Arzneimittelknappheit beschleunigt werden. Es ist ein Skandal, dass auch Krebspatienten vielfach nicht das verschriebene Medikament bekommen, sondern in der Apotheke oder im Krankenhaus hören: „Medikament zurzeit nicht lieferbar“. Dazu brauchen wir kurzfristige, pragmatische Lösungen, vor allem aber eine langfristige Strategie, die der Industrie die Rahmenbedingungen gibt, die sie braucht, um nicht nur in China und Indien, sondern wieder in der Europäischen Union zu produzieren.“, so der Arzt und Europaabgeordnete.



Impfen gegen Krebs

Die veröffentlichten Empfehlungen der Europäischen Kommission zur Impfung gegen Krebs sind ein wichtiger Teil des Aktionsplans gegen Krebs, den die Kommission auf Drängen der EVP-Fraktion auf den Weg gebracht hat. Schon heute lassen sich viele tausend Krebserkrankungen durch rechtzeitige Impfungen verhindern. Es ist wichtig, dass diese Impfungen kostenlos & niederschwellig angeboten werden. In Zukunft wird insbesondere die mRNA-Technologie neue Möglichkeiten in diesem Bereich eröffnen.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Kanzleramt versagt bei der Koordinierung der Europapolitik und schadet deutschen Interessen



„Das Kanzleramt versagt bei der Koordination der Europapolitik. Völlig zurecht kritisiert die FDP den Entwurf des Lieferkettengesetzes. Auch wir als CDU/CSU werden geschlossen dagegen stimmen, wenn es zur Abstimmung im Plenum kommt. Problem ist aber, dass die FDP ihre berechtigten Anliegen nicht früher geltend gemacht hat und dass das Kanzleramt die deutsche Position in praktisch keiner Frage koordiniert. Deutschland verliert jede Woche mehr an Einfluss, weil die Ampel heillos zerstritten ist. Das ist das Gegenteil von guter Europapolitik“, betonte Peter Liese.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



Technik aus Lennestadt spart Kosten und schont die Umwelt

Besuch bei Tracto-Technik in Lennestadt

Die Firma Tracto-Technik in Lennestadt stellt seit vielen Jahren eine sogenannte Erdrakete her, mit denen sich Kabel unterirdisch verlegen lassen, ohne die ganze Straße aufreißen zu müssen. Bei einem Besuch der Firma konnte Dr. Peter Liese einen persönlichen Eindruck davon gewinnen, wie einfach und sicher die in Südwestfalen entwickelte Technik ist. Besonders beeindruckt war er vom neuen Orfeus-Projekt der Firma:

„Mit der Erdrakete der Firma Tracto-Technik in Lennestadt können Kabel und Rohre unterirdisch verlegt werden. Dadurch müssen Straßen nicht extra nochmal aufgerissen werden. Das schont nicht nur die Umwelt und die Nerven der Anwohner, sondern spart den Kommunen auch noch Kosten. Eine Herausforderung dabei ist, dass man manchmal nicht weiß, welche Leitungen und Kanäle wo genau verlaufen. Dieses Problem soll durch das Orfeus-Projekt gelöst werden. Mithilfe von Radartechnologie können Objekte vor und neben der Bohrachse in Echtzeit erkannt werden. Damit wird die Technik noch sicherer und attraktiver. Großartig, was Ingenieure in unserer Region hervorbringen. Das war wirklich ein sehr spannender Besuch bei einem der vielen innovativen Unternehmen in unserer Region“, erklärte Liese.



v.l. Timotheus Hofmeister, Peter Liese, Yvonne Hennecke, Stefan Schmitz und Meinolf Rameil.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Ohne Holz kein nachhaltiges Wirtschaften

Holz ist ein nachhaltiger Wertstoff und gerade für klimafreundliches Wirtschaften brauchen wir eine nachhaltige Forstwirtschaft.

Pläne von einigen Umweltverbänden und Grünen sowie Sozialdemokraten Brüssel, die auf eine großflächige Stilllegung der Wälder abzielen, führen in die Irre. Das wurde bei einem Gespräch mit dem Landesbeirat Holz im I.D. in Olsberg erneut deutlich.

Peter Liese bedankte sich bei allen, die sich für den nachhaltigen Werkstoff als Waldbauern, in Forstämtern und in der holzverarbeiteten Industrie sowie dem Handwerk engagieren.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



v.l. Matthias Eisfeld, Peter Rosenkranz, Martin Schwarz, Peter Liese und Markus Becker.



„Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum“ als Thema in Kierspe



„Wenn wir von anderen Ländern in Europa lernen, können wir viele Probleme bei der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum überwinden. Zum Beispiel sind viele Länder bei der Digitalisierung schon weiter und können daher die Arbeitskraft von Ärztinnen und Ärzten sowie anderem medizinischen Personal viel effizienter nutzen“, betonte Peter Liese bei einer Veranstaltung der CDU in Kierspe, bei dem Prof. Dr. Frank Ulrich Montgomery (Ehrenpräsident der Bundesärztekammer) zugeschaltet wurde und

aus seinem umfangreichen Erfahrungsschatz berichtete.

Hier der Link zu der Veranstaltung auf YouTube: <https://www.youtube.com/watch?v=SnvjP5IdLZg>

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Humanitäre Hilfe für Palästina, aber kein Zweifel an der Solidarität mit Israel

Diskussion an der Adolf-Reichwein Gesamtschule Lüdenscheid

„Das war eine ganz besondere Ehre für mich. Im Frühjahr haben die Schülerinnen und Schüler der Adolf-Reichwein Gesamtschule in Lüdenscheid schon mit unserem Ministerpräsidenten Hendrik Wüst diskutiert. Jetzt war ich der nächste Politiker, der dort eingeladen wurde. Viele spannende Themen kamen zur Sprache, unter anderem die Umweltpolitik und Arzneimittelknappheit. Besonders spannend war für mich die Diskussion über die Situation im Gazastreifen. Viele Schülerinnen und Schüler, insbesondere mit Migrationshintergrund und Kontakten zu den Palästinensern, wiesen auf die schwierige humanitäre Situation hin. Für mich ist klar: Unschuldigen Opfern muss geholfen werden und deswegen finde ich es richtig, dass die EU humanitäre Hilfe in der Region nochmal erhöht hat, obwohl wir seit Jahren schon der größte Unterstützer sind. Aber eins ist eben auch klar: Die Aggression ging von der Hamas aus und gerade als Deutsche müssen wir an der Seite Israels stehen.“, betonte Peter Liese.



Das Existenzrecht Israels ist deutsche Staatsräson und Israel hat im Rahmen des Völkerrechts das Recht, sich zu verteidigen.

Hier der Link zur Mitteilung der Schule: <http://www.starg.de>

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Besuch aus Südwestfalen in Brüssel



Bei dem Besuch der Frauen Union Südwestfalen im Europäischen Parlament wurde u.a. über die kommenden Europawahlen am 9. Juni 2024 gesprochen und vor allem darüber, welche Themen aus Sicht der Frauen Union für unsere Region wichtig sind.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Bürgermeister von Kirchhundem tritt CDU bei



Der bisher parteiunabhängige Bürgermeister von Kirchhundem im Kreis Olpe Björn Jarosz tritt der CDU bei. Er will damit ein Zeichen gegen Links- und Rechtsextremismus und für unsere Demokratie setzen. Tolle Nachricht beim Neujahrsempfang der CDU, bei dem auch Peter Liese als Redner geladen war und deutlich machte, dass die Feinde unserer Demokratie keine Antworten haben: „Wir als CDU wollen die Wirtschaft wieder flott machen und wichtige Investitionen zum Beispiel in Klimaschutz unterstützen, nicht nur mit Geld, sondern vor allem durch schnellere Genehmigungsverfahren. Wir wollen Deutschland und Europa

sicherer machen durch eine europäische Verteidigungsgemeinschaft, an deren Ende eine europäische Armee steht. Danke an alle, die für unsere Werte eintreten und danke an Barbara Schäfer, die als junge Vorsitzende der CDU in Kirchhundem einen tollen Job macht“.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)





Gespräch mit Junger Union Soest

Mehr Aufmerksamkeit für Auszubildende und junge Berufstätige

„Ich habe mich sehr gefreut, dass der Kreisvorstand der Jungen Union Soest in meiner Heimatstadt Meschede eine Klausurtagung durchgeführt hat. Dabei ging es natürlich um die aktuelle Situation in Deutschland und Europa und die Vorbereitung der Europawahl. Ein wichtiges Ergebnis: Wir wollen neben Schülern und Studenten vor allem Auszubildende und junge Berufstätige ansprechen. Der Mensch fängt nicht beim Abitur an, ist seit langem unsere Politik und das muss sich auch in öffentlichen Aktionen stärker darstellen.“, so Peter Liese.



[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Arzneimittelknappheit – Was ist zu tun?

Diskussion in Bad Berleburg



„Arzneimittelknappheit - Wir rennen in eine Katastrophe!“, Apotheker und Ärzte sowie Prof. Dr. Frank Ullrich Montgomery, Ehrenpräsident der Bundesärztekammer, der per Video zugeschaltet war, zeichnen bei der Podiumsdiskussion in Bad Berleburg unter dem Titel „Arzneimittelknappheit - Was ist zu tun?“ ein dramatisches Bild der Lage. In den letzten Monaten hat sich das Problem der Arzneimittelknappheit dramatisch zugespitzt.

Das Video dazu auf YouTube unter:
<https://youtu.be/BupGhF1f0fg>

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



Mitgliederversammlung des CDU-Gemeindeverband Anröchte

Bei der Mitgliederversammlung des CDU-Gemeindeverbandes Anröchte ging es u.a. über die bevorstehende Europawahl. Peter Liese stellte dabei Punkte vor, die ihm besonders wichtig sind:

1. Unseren Wohlstand sichern und ausbauen
2. Klimaschutz
3. Gesundheit
4. Mehr Respekt für Landwirte, Waldbesitzer und die Menschen im ländlichen Raum
5. Wir müssen die äußere und innere Sicherheit stärken
6. Humanität und Ordnung bei der Zuwanderung



Bei der Versammlung wurden auch ein neuer Vorstand gewählt. Peter Liese beglückwünschte die Gewählten und berichtete, dass ihn Anröchte viel verbinde, da er als Kind von seinem Großvater immer mit zum Edeka-Zentrallager genommen wurde und er als Jugendlicher in Anröchte oft auf Konzerten gewesen sei.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Festkonzert 800 Jahre Siegen

„Großartiges Konzert der Philharmonie Südwestfalen mit dem philharmonischen Orchester Gießen.“, freute sich Peter Liese nach dem Auftaktfestkonzert anlässlich der Jubiläumshares der Stadt Siegen. „Als Ehrengast hat unser Ministerpräsident Hendrik Wüst eine tolle Rede gehalten.“



[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



Karl-Josef Laumann

Ein starker Gesundheitsminister gerade für den ländlichen Raum

Im Januar war Karl-Josef Laumann auf Einladung der CDU in Brilon. Es wurde über die Zukunft des Krankenhauses gesprochen und anschließend intensiv mit Pflegekräften, Apothekern und Ärzten diskutiert. „Karl-Josef Laumann kommt aus dem ländlichen Raum und setzt sich dafür ein, dass medizinische Versorgung nicht nur in Großstädten, sondern auch bei uns gewährleistet ist. Ich bin froh, dass ich ihn beim Kampf um die Landarztquote und Mediziner Ausbildung auch in Westfalen unterstützen konnte. Zurzeit kämpfen wir gemeinsam gegen die Arzneimittelknappheit und dafür, dass sich die Produktion von Arzneimitteln in Europa wieder lohnt, damit wir nicht zu sehr von China und Indien abhängig sind“, so Peter Liese.



[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Betroffene Unternehmen in Entscheidungen miteinbeziehen

Besuch bei Novelis in Plettenberg

Viele Firmen in unserer Region sind von der europäischen Verpackungsverordnung betroffen. „Für mich ist es wichtig, die Kreislaufwirtschaft zu fördern, aber keine unsinnigen Verbote zu beschließen. Das haben wir in der Plenarabstimmung geschafft und das müssen wir jetzt auch gegenüber den Mitgliedsstaaten der EU durchsetzen. Bei dem Besuch der Firma Novelis



in Plettenberg habe ich mich über das Recycling von Aluminium informiert.

Gespräche mit den Betroffenen sind wichtig, um politische Entscheidungen gut treffen zu können, zielgerichtet und ohne Ideologie.“, erläuterte Peter Liese bei dem Besuch.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



Sehr gute Stimmung beim Neujahrsempfang der CDU NRW



„Die Stimmung beim Neujahrsempfang der CDU war gut. Zu Beginn gab es allerdings einen traurigen Anlass. Der eigentlich vorgesehene Redner Wolfgang Schäuble ist ja am zweiten Weihnachtstag verstorben. Wir haben an ihn gedacht und die Lebensleistung gewürdigt.“, so Liese, der weiter hervorhob, dass sowohl Hendrik Wüst als auch Paul Ziemiak starke Reden gehalten haben und Hendrik Wüst insbesondere die Bedeutung Europas für unser Bundesland NRW in den Vordergrund gestellt hat.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Gute Lösungen im Dialog mit der Industrie

„Als Umweltpolitiker bin ich natürlich für gemeinsame europäische Umweltstandards, insbesondere um den Energieverbrauch zu senken und damit auch das Klima zu schonen.

Wichtig ist aber ein fairer Wettbewerb. Bei der sogenannten Ökodesign-Richtlinie geht es um solche Standards. Sie gelten nicht nur für in Europa produzierte Waren, sondern auch für Importe. Allerdings muss hier die Überwachung besser werden.“, war das Fazit von Peter Liese nach einem Gespräch bei der Firma Briloner Leuchten mit den Verantwortlichen.



[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Sternsinger zu Besuch im EU-Parlament in Brüssel

Am 6. Januar war Drei-Königs-Tag. Viele tausend Sternsinger zogen wieder aus, um den Drei-Königs-Segen von Haus zu Haus zu bringen.

Auf Einladung des Parlamentsvizepräsidenten Rainer Wieland besuchten die Sternsinger am 10. Januar auch wieder das Europaparlament und schrieben den traditionellen Segen "20 * C + M + B + 24" über die Parlamentstüre. Die Zeichen stehen für "Christus mansionem benedicat" - "Christus segne dieses Haus" im Jahr 2024.

Das Motto der Sternsinger lautet "Segen bringen - Segen sein", denn sie bringen nicht nur Segen, sondern sammeln auch Spenden für notleidende Kinder in aller Welt. Peter Liese bedankte sich bei den Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, die diese großartige Aktion unterstützt haben!



[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Roberta Metsola

Unsere zweite starke Präsidentin in Brüssel

„Ursula von der Leyen ist unsere starke EVP-Kommissionspräsidentin in Brüssel. Sie hat Europa durch viele Krisen sicher geführt und sollte nach meiner festen Überzeugung auch Spitzenkandidatin der EVP für die Europawahl am 9. Juni werden. Mit Roberta Metsola haben wir eine zweite starke EVP-Frau an der Spitze des Europäischen Parlamentes. Anlässlich der ersten Plenarsitzung des Parlamentes in diesem Jahr haben wir uns über die Herausforderungen der nächsten Monate ausgetauscht. Ganz wichtig: alle gesellschaftlichen Gruppen der bürgerlichen Mitte müssen jetzt für unser Europa kämpfen. Extremisten von links und rechts dürfen die Errungenschaften wie den europäischen Binnenmarkt und über 70 Jahre Frieden nicht kaputt machen. Hierzu sind nicht nur die Parteien gefragt, sondern auch Arbeitgeber, Gewerkschaften, Kirchen, Berufsverbände und viele mehr“, betonte Peter Liese nach der Sitzung.



Extremisten von links und rechts dürfen die Errungenschaften wie den europäischen Binnenmarkt und über 70 Jahre Frieden nicht kaputt machen. Hierzu sind nicht nur die Parteien gefragt, sondern auch Arbeitgeber, Gewerkschaften, Kirchen, Berufsverbände und viele mehr“, betonte Peter Liese nach der Sitzung.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



Trotz aller Schwierigkeiten Kirchen leisten wichtigen Beitrag für Europa

Die Missbrauchsskandale in der katholischen Kirche entsetzen völlig zurecht viele Menschen. „Ich bin für rückhaltlose Aufklärung. Trotzdem darf nicht vergessen werden, welchen wichtigen Beitrag die Kirchen in unserer Gesellschaft leisten. Das wurde kürzlich für mich nochmal deutlich, als die Kommission der europäischen Bischofskonferenzen in Brüssel zusammenkamen und Priester und Bischöfe aus über 20 Nationen eine Messe für Europa feierten. Für mich bleibt mein christlicher Glaube eine wichtige Basis für meine Arbeit“, bekräftigte Peter Liese.



Wie soll die Kirche mit der AfD umgehen? – Peter Lieses Interview im WDR 5

Unsere demokratische Ordnung ist gefährdet, wenn rechtsextreme Parteien immer mehr Zulauf bekommen. Daher ist es ganz wichtig, dass sich möglichst viele Menschen engagieren. Auch die Kirche hat hier eine ganz klare Aufgabe. Die Bischöfe sollten sich gegen extremistische Strömungen positionieren. Dazu hat Peter Liese im WDR 5 Mittagsecho gesprochen.

Das ganze Interview zum Nachhören gibt es hier:

<https://www1.wdr.de/mediathek/audio/wdr5/wdr5-mittagsecho/audio-bischofskonferenz-wie-umgehen-mit-der-afd-100.html>

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Industrie braucht bessere Rahmenbedingungen

Besuch der Wirtschaftsvereinigung Metalle in Brüssel



Die Industrie in Deutschland braucht dringend bessere Rahmenbedingungen. Das war das Fazit eines Besuches von Unternehmensvertretern aus ganz Deutschland in diesem Monat in Brüssel. Die Wirtschaftsvereinigung Metalle schilderte in drastischen Worten, wie ernst es mit unserer Wirtschaft ist. Die Hauptursachen liegen bei der Ampel in Berlin, aber wir müssen auch in Brüssel

stärker darauf achten, dass unsere Wirtschaft Rückenwind und keinen Gegenwind erhält. Das ist kein Widerspruch zum Klimaschutz, aber viele andere grüne Ideen wie Chemikalienverbote oder übertriebener Naturschutz müssen zurückstehen. [\(Zurück zum Inhalt\)](#)



Neujahrsempfang der Jungen Union Kreis Olpe



Bei Getränken und einer überragenden Currywurst durfte Peter Liese über die Bedeutung der EU in unserer Region referieren. Im Anschluss bot sich die Gelegenheit, mit den Julern über die EU zu sprechen und Fragen zu beantworten. Das Interesse und Engagement zeigen, wie wichtig junge Leute für Europa sind. Weiter so!

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Karneval 2024

Das kurkölnische Sauerland war 600 Jahre unter der Herrschaft des Erzbischofs von Köln. Die Kölner haben den Karneval ins Sauerland gebracht. Als junger Mann stand Peter Liese unter anderem zehn Jahre lang in seinem Dorf Ostwig auf der Karnevalsbühne.

Sein Kollege Axel Voss und seine Kollegin Sabine Verheyen bringen den Karneval immer auch ins Europäische Parlament, zum Beispiel dieses Jahr Prinz Cornelius I. und Prinzessin Bonna Carina I. aus Bonn.



„Ich liebe den Rheinischen Karneval. Das habe ich bei meiner Vorstellungsrede für die Europaliste der CDU NRW gesagt. Und das stimmt! Ich freue mich jedes Jahr auf diese schöne Zeit. Dieses Jahr darf ich zum ersten Mal auch im Rosenmontagszug mitgehen bei der Fußgruppe der Ostermann Gesellschaft, gemeinsam mit Herman Josef Schulte und weiteren Aktiven aus Menden sowieso Michael Esken. Wir sind Nr. 49 - also wie sich das gehört, in gebührendem Abstand hinter unserem Ministerpräsidenten Hendrik Wüst, der bei Nr. 13 mitgeht“, erzählte Peter Liese.



[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Politischer Aschermittwoch der CDU NRW

Immer wieder ein Highlight

Ministerpräsident Hendrik Wüst, sowie der Generalsekretär der CDU NRW Paul Ziemeck machten deutlich, dass ein wirtschaftlich starkes Deutschland und Europa nur mit der Union gelingt.

„In meiner Rede durfte ich unter anderem die Bedeutung eines effektiven Klimaschutzes im



Foto: Paul Schneider

Zusammenspiel mit wirtschaftlicher Stärke herausstellen.

Ebenso ist es mir ein Anliegen, gegen Anti-Europäer und Populisten anzugehen. Nur zusammen können wir Europa verbessern und stärken.

Ein großartiges, europäisches Zeichen aus dem Sauerland!“, betonte Peter Liese anlässlich des politischen Aschermittwochs der CDU NRW.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Mehr Wertschätzung für die Landwirtschaft

Unter diesem Titel fand Mitte Februar ein Gesprächsabend mit örtlichen Landwirten und Interessierten in Balve statt. Referenten waren neben Dr. Peter Liese die Agrar-Influencerin Marie Hoffmann, der Vorsitzende des Landwirtschaftlichen Kreisverbandes Märkischer Kreis Ulrich Brinckmann, der Kreislandwirt Dirk Voss und dem Vorsitzenden des CDU-Kreis-Agrarausschusses Hubert Sauer.



Peter Liese erläuterte seine Einschätzung der Herausforderungen für die Landwirtschaft aus europäischer Perspektive: „Für mich ist klar: Zu viele, die von der Situation vor Ort keine Ahnung haben, reden über die Landwirtschaft. Unsere Bauerinnen und Bauern werden nicht ausreichend gehört und ihre Verdienste wertgeschätzt. Ich bin dankbar für den guten Dialog mit den Vertreterinnen und Vertretern der Landwirtschaft vor Ort.“

Hier der Link zur Veranstaltung auf YouTube:
<https://www.youtube.com/watch?v=l0Lz2DvAR24>

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Mit Staatssekretär Matthias Heidmeier beim Rettungsdienst Hagelstein



Staatssekretär Matthias Heidmeier ist die rechte Hand des Gesundheitsministers in NRW, Karl-Josef Laumann. Er und Peter Liese kennen sich schon lange und tauschen sich regelmäßig im Interesse der Patientinnen und Patienten in Nordrhein-Westfalen aus.

„Ich habe mich gefreut, dass wir die Rettungswache Hagelstein in Arnsberg-Hüsten besuchen konnten. Geschäftsführer Marcel Kaiser ist ein Vorzeigeunternehmer aus dem Sauerland und hat uns

eindrucksvoll dargelegt, wie der private Rettungsdienst hilft, Menschen in medizinischen Notfällen schnell zu versorgen.“, betonte Liese.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)



16. Südwestfalentag der Jungen Union



Im Februar nahm Peter Liese am Südwestfalentag der JU Südwestfalen, in der Aula des Gymnasiums der Benediktiner, teil.

„Mit diesem Ort verbindet mich nicht nur der Gedanke an meine Abiturprüfungen, gerne suche ich die Abtei als spirituellen Ort auf, um Kraft zu tanken.

Ich freue mich, ein so starkes und tolles Team von jungen, engagierten Menschen zu sehen.

Herzlichen Glückwunsch an Franziska Schütte-Sökeland zur Wiederwahl als

Bezirksvorsitzende mit einem solch starken Ergebnis! Ebenso gratuliere ich allen alten und neuen gewählten Vorstandsmitgliedern“, so Liese.

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)

Sicherheit in Europa mit der CDU

Gute Diskussion im Kreis Mettmann

Sicherheit in und durch Europa ist eines der wichtigsten Ziele der CDU. Peter Liese betont: „Wir wollen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Polizei stärken, insbesondere durch Europol. Damit unterscheiden wir uns von den Ampelfraktionen in Brüssel, die an wichtigen Punkten dagegen gearbeitet haben. Wir unterscheiden uns aber auch von den Rechten wie der AfD, die glauben, wir brauchen auch in diesem Bereich kein Europa und gegen die Stärkung von Europol gestimmt haben.“



Spannende Diskussion mit der Senioren Union und der Jungen Union im Kreis Mettmann. Ganz, ganz herzlichen Dank an Lena Düpont und Verena Mertens für ihre fachkundigen Beiträge.“

Unter diesem Link kann man das Video von der Veranstaltung anschauen:

https://youtu.be/hFAh5x_Tn18

[\(Zurück zum Inhalt\)](#)